



Sehen Sie hierzu  
die Rede im  
Sonderplenum zur  
Ministeraffäre



# Neues vom roten Lügenbaron

Hat wegen fortgesetzten Amtsmissbrauchs einen schlechten Leumund: Thüringens Innenminister Georg Maier.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine geht nun schon ins vierte Jahr – und noch ist kein Ende in Sicht. Statt diplomatische Initiativen zu starten, dient sich die Berliner Regierungskoalition weiterhin der Rüstungsindustrie an – dem einzigen Wirtschaftszweig in Deutschland, der in der Krise nicht wackelt, sondern im Gegenteil einen großen Aufschwung erlebt. In diesen Krisenzeiten hat die Debattenkultur einen neuen Tiefpunkt erreicht: Nach »Klima« und »Coronaleugnern« ist der »Putinfreund« zum neuen Feindbild avanciert. Also ein Mensch, der Sachlichkeit und Friedensliebe über ein moralisierend-simples Freund-Feind-Schema stellt.

In Thüringen bildet vor allem Innenminister Georg Maier die Speerspitze dieses »Schwarz-

Weiß-Denkens«. Auf seinem pseudoreligiösen Kreuzzug gegen die Thüringer AfD – und nicht zuletzt auch gegen meine Person – steigerte sich Maier kürzlich in eine Spionagefantasie hinein, die nur noch als irrational und von persönlichem Hass geleitet interpretiert werden kann: In ihren Anfragen an sein Ministerium arbeite

Maier aus seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit bekannt sein dürfte –, sondern es steht seiner Behörde auch vollkommen frei, eine Antwort zu verweigern, sollte es Bedenken bezüglich der inneren Sicherheit geben.

Auch wenn vereinzelte Akteure der etablierten Politik die Behauptungen des Thüringer

Kollegen im Bund hüllten sich in Schweigen. Zwar war es ihm erwartungsgemäß gelungen, die Aufmerksamkeit der Medien zu erringen, einen Beweis allerdings blieb er schuldig. Inzwischen wurden die Aussagen Maiers in einem Gerichtsurteil als »unbelegte Tatsachenbehauptungen« abgekanzelt. Die Richter am Landgericht haben Maier eine verdiente Ohrfeige erteilt und uns empfohlen, gegen ihn Anzeige zu erstatten. Weiser machte dies Georg Maier indes nicht – sogleich verstieg er sich in die irrige Annahme, die AfD plane die »Deportation deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund«, was von uns nie gefordert wurde. Der Thüringer Innenminister mag zwar in seinem Auftreten auch über das heute übliche Maß ideologisch verblendet sein – er ist damit jedoch ein anschauliches Beispiel dafür, wie sehr überschäumende Emotionen, ein Mangel an pragmatischer Sachlichkeit und eine bedarfsgeleitete Scheinmoral die Politik Deutschlands prägen.

»Wenn es den Kaiser juckt, so müssen sich die Völker kratzen«, sagte einst Heinrich Heine, der damals schon erkannt hatte, wie die Launen der Mächtigen die Bevölkerung ins Unglück reißen können.

»Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.«

— Thomas Jefferson —

die AfD eine »Auftragsliste des Kremls« ab, so Maiers wüste Mutmaßung. Nun sind diese Anfragen zu aktuellen Themen nicht nur Teil der legitimen Oppositionsarbeit – was Georg

Innenministers sogleich eifrig wiederholten, blieb die bundesweite Reaktion darauf verhalten. Zu Recht: Noch nicht einmal das Innenministerium selbst konnte die Vorwürfe bestätigen, Maiers

## Ausblick 2026

**Das Jahr bringt große Herausforderungen:** Wegen des undiplomatischen Agierens von Merz & Co. steigt die Kriegsgefahr weiter – die AfD hält als Friedenskraft dagegen. Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht beschäftigt ganz Deutschland – die anstehenden Musterungen junger Männer lassen einen künftigen Einsatz in fremden Kriegen befürchten. Auch aus Thüringen wird die westliche Staatsschuldenkrise befeuert: Die Brombeer-Regierung belastet unseren Freistaat mit einer historischen Neuverschuldung. Für die aufgenommenen Schulden werden unsere Kinder und Enkel bezahlen müssen. Wenn wir regieren, werden wir das Prinzip der Generationengerechtigkeit durchsetzen – versprochen! In Thüringen ist die AfD in Richtung absoluter Mehrheit unterwegs. Die Wähler sehnen sich nach einer wirklichen Alternative zu den ununterscheidbar gewordenen Altparteien. Sie wollen echte Demokratie statt Meinungsunterdrückung!



Kommentar von **Björn Höcke**



**Björn Höcke**



Auch unser kleines Thüringen lässt sich von der Berliner Politik bereitwillig in die große Weltpolitik hineinziehen. Denn was die Bundesregierung – aktuell unter Friedrich Merz – in der Außenpolitik anrichtet, dem eifern die Landesregierungen unbeirrt nach. Um im Freistaat an der Machtausübung beteiligt zu sein, ignorierte die Spitzenkandidatin des BSW, Katja Wolf, sogar die kriegsskeptische Linie ihrer Bundespartei, so wie vorher der linke Ministerpräsident Ramelow: Nur zu gut erinnere ich mich daran, wie dieser zu Beginn des Konfliktes lautstark gegenüber der »Thüringer Allgemeinen« einforderte, »man müsse eskalieren, bevor Putin eskaliert«. Ausgerechnet die traditionelle Thüringer Glasindustrie würde der Kriegsbegeisterung zum Opfer fallen – das begriff Ramelow erst, als ihn wegen der 8.000 gefährdeten Arbeitsplätze harte Kritik traf. Sein Hilferuf an den damaligen Wirtschaftsminister Habeck erfolgte viel zu spät – und Habeck ließ Thüringen eiskalt hängen. Ein Stück Thüringer Geschichte starb. Denn zum Betrieb der Schmelzwannen ist vor allem eins in großen Mengen notwendig: Erdgas. Das sollte es nach dem Willen der Berliner Politik aber nicht mehr günstig aus Russ-

land geben, sondern von nun an kostspielig als Flüssiggas aus den USA herangeschafft werden. Anstatt sich für den Thüringer Mittelstand starkzumachen, gab Ramelow den lautstarken Außenpolitiker und ruderte erst zurück, als ein Proteststurm über ihn hereinschwappte. Doch es war bereits zu spät. Auch das von Ramelow vollmundig angekündigte Forschungsprogramm zur Umstellung auf elektrische Wannen ist bislang nicht umgesetzt: Die jetzt in der Erprobungsphase stehenden Hybridwannen sind in der Anschaffung viel zu teuer, um eine Lösung für kleinere und mittlere Unternehmen zu bieten. Produktionen werden ins Ausland verlegt, Arbeitslosigkeit droht.

Machen wir uns bewusst: Wenn in den Medien von Hunderten Arbeitsstellen die Rede ist, welche im Zuge einer Krise abgebaut werden, dann sind das nicht nur Zahlen. So empathielos können es nur kriegsbegeisterte Ideologen betrachten. Vielmehr stehen

**»Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.«**

— Erich Maria Remarque —

dahinter die Schicksale und die Zukunft Tausender Thüringer Familien, die von niemandem gefragt wurden, ob sie die Kriegsbegeisterung in Bund und Land mittragen wollen.


»Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.« Noch ein treffendes Zitat, diesmal eines des deutschen Schriftstellers Erich Maria Remarque. Die Na-

tionalsozialisten verbrannten seine Schriften, weil diese von den Schrecken des Krieges berichten und daher »schädlich« seien. Noch bis vor wenigen Jahren hätte sich wohl kaum jemand vorstellen können, wie sehr sich Deutschland noch einmal von Kriegspropaganda mitreißen lassen würde, nur weil die Verantwortlichen glauben, diesmal auf der »richtigen Seite« der Geschichte zu stehen. Es werden dabei alle Register gezogen, die sich schon in der Vergangenheit bewährt haben, um jegliche Kritik zum Schweigen zu bringen, von der Dämonisierung des Gegners bis hin zur Diffamierung der Kritiker als »Vaterlandsverräter«. Es ist eine Wortwahl aus der Mottenkiste jener Vergangenheit, welche man doch vollmundig zu bekämpfen vorgibt. Junge Menschen, denen es nach Vorgabe linker Ideologen nicht gestattet war, eine positive Bindung zu Deutschland und seiner Kultur aufzubauen, sollen plötzlich im Interesse Dritter zum Wehrdienst eingezogen werden, vorgeblich zur »Landesverteidigung«. Dahinter muss der Gedanke um die Gründung einer Familie und auch die berufliche Zukunft zurückstehen.

Völkerverständigung jedoch wird aus Pragmatismus und Vernunft geboren – und aus jenem Handel, den wir im Interesse

Deutschlands und Thüringens wieder aufnehmen müssen. Damit im Freistaat endlich wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung entsteht, der die Zukunft sichert. Das sollte unser politisches Handeln im neuen Jahr bestimmen – auch wenn unser Beitrag aus der Landespolitik dabei nur bescheiden sein kann. Es geht um die junge Generation, die nicht dem Krieg geopfert werden darf, und darum, für alle Bürger des Freistaats eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Unsere Hoffnung, aus Thüringen heraus etwas in die richtige Richtung bewegen zu können, dürfen wir uns nicht nehmen lassen!


Björn Höcke




## Impressum

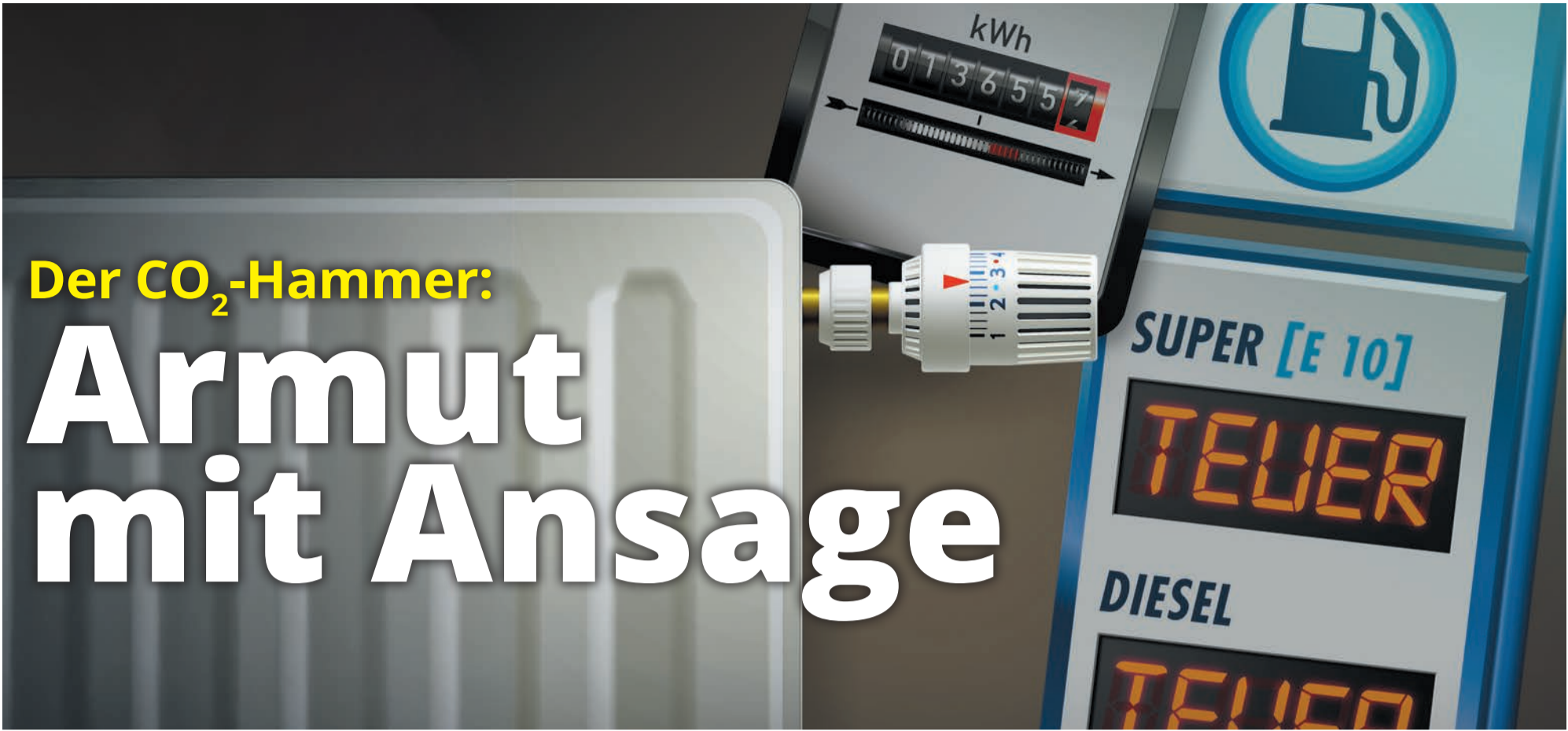
V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Bürgerinformation der  
AfD-Fraktion im  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Auflage: 650.000 Stück



Sämtliche  
Social-Media-Kanäle  
finden Sie unter:  
► <https://afd-thl.de/social>





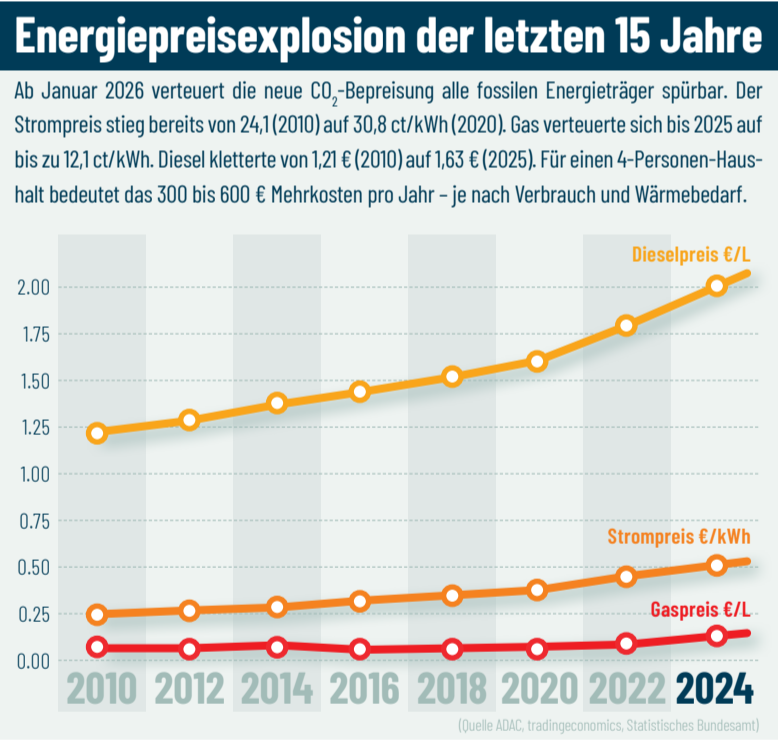
Für Familie Neumann aus einem kleinen Ort bei Weimar beginnt das Jahr 2026 mit einem Gefühl, das viele Menschen im Freistaat teilen: dem leisen Kampf zwischen Hoffnung und wachsender Angst. Vater Martin arbeitet im Maschinenbau, Anne in einer Kita, während die Zwillinge im Nachbardorf zur Schule gehen. Urlaube, kleine Träume und ein Stück Unbeschwertheit sind längst verloren. Mit der neuen CO<sub>2</sub>-Bepreisung zieht nun ein weiterer Schatten über das ohnehin enge Haushaltsbudget. Ab 2026 wird Energie teurer, weil Emissionszertifikate versteigert werden und der Preis nicht mehr planbar ist. In einer Zeit, in der Gas durch die EU-Sanktionen gegen Russland ohnehin massiv verteuert wurde, fühlen

sich Menschen wie die Neumanns dieser Entwicklung ausgeliefert – als könnten sie nur noch zusehen, wie die Rechnungen Monat für Monat steigen. Ihr unsaniertes Haus aus DDR-Zeiten verliert im Winter viel Wärme. Jeder zusätzliche Euro für Gas schmerzt. 30 bis 50 Euro mehr im Monat: Für manche kaum spürbar, für die Neumanns ein tiefer Einschnitt. Wenn abends das Haushaltsbuch geöffnet wird, friert nicht nur das Haus – es friert auch die Zuversicht. Auch auf Martins Arbeitsweg wird die Luft dünner. Sein alter Kombi ist unverzichtbar, denn öffentlicher Nahverkehr ist unzuverlässig und nicht auf Schichtzeiten abgestimmt. Jeder Cent mehr an der Zapfsäule lastet schwer. Im Supermarkt in

Apolda setzen sich die Sorgen fort: Brot, Fleisch, Gemüse – fast alles wird teurer. Dinge, die viele inzwischen seltener kaufen, nicht aus Verzicht, sondern aus Not. Hinzu kommt die Angst um den Arbeitsplatz. Steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Verlagerungspläne verunsichern viele. Für Martin Neumann sind das keine Statistiken, sondern die reale Sorge, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Währenddessen feiert sich die Brombeerkoalition im Thüringer Landtag für ihren Haushalt. Geld für Migranten und ideologische Projekte ist da, Initiativen zur Entlastung der eigenen Bevölkerung werden abgelehnt. Viele blicken nun auf 2029. Dann wird neu gewählt. Dann gibt es die Chance zur Abrech-

nung. Martin Neumann sagt offen: »Ich wähle den Höcke und die AfD. Für uns hier ist das die letzte Chance. Sonst geht bald das Licht aus.« Die Energiewende hat großen Schaden angerichtet. Die CO<sub>2</sub>-

Bepreisung trifft Familien und Betriebe zugleich – jene, die einfach nur leben und arbeiten wollen. Familie Neumann bleibt die Hoffnung, dass diese Lasten nicht für immer bleiben – und Thüringen wieder durchatmen kann.



## Deindustrialisierung in Thüringen

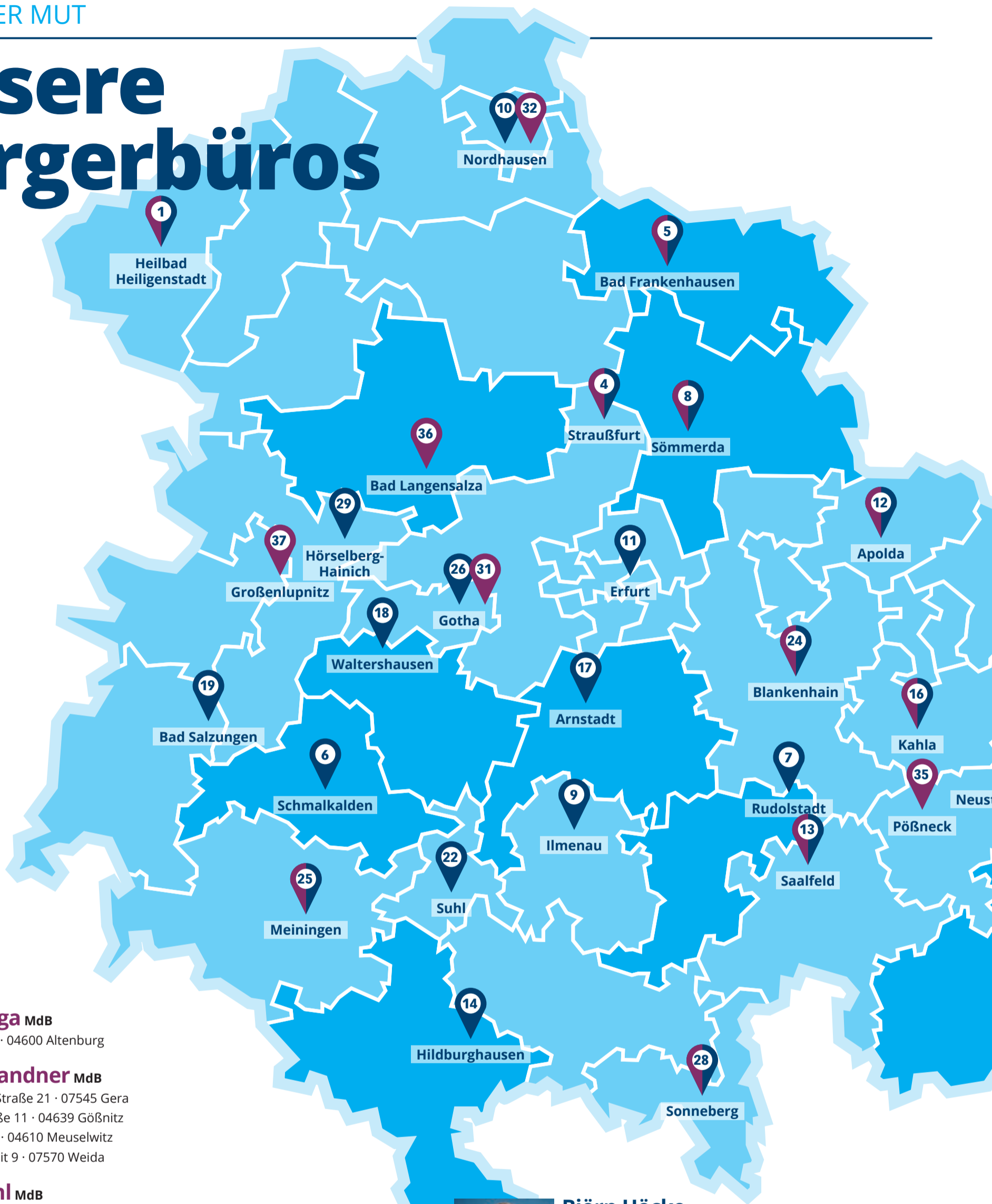
Die Deindustrialisierung Thüringens ist längst keine abstrakte Gefahr mehr, sondern in den Werkshallen des Freistaats Realität. Immer mehr Betriebe geraten ins Wanken, weil die Produktionskosten schneller steigen als die Erträge. Vor allem die Energiepreise treiben Unternehmen an die Belastungsgrenze. Deutschland hat inzwischen die höchsten Industriestrompreise Europas – verursacht durch Netzentgelte, Abgaben, Stromsteuern und die national eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Diese wurde ab 2019 unter Angela Merkel beschlossen und später durch die Ampelregierung weiter erhöht. Zusätzlich verteuern die EU-Sanktionen gegen Russland die

Gaspreise, was energieintensive Industrien besonders hart trifft. In Thüringen zeigen konkrete Beispiele, wie ernst die Lage ist. Beim Automobilzulieferer Neumayer Tekfor in Schmöln stehen rund 380 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Offiziell ist von »wirtschaftlichen Schwierigkeiten« die Rede, tatsächlich belasten explodierende Energiepreise, steigender CO<sub>2</sub>-Druck und internationale Konkurrenz, die deutlich günstiger produziert. Auch ContiTech begründet geplante Verlagerungen mit massivem Kostendruck. Tätigkeiten sollen ins Ausland gehen, weil die Produktion in Deutschland und gerade an Thüringer Standorten zu teuer geworden ist. Der Leichtmetallgießer

AE Group in Gerstungen musste nach jahrelangem Ringen Ende 2025 endgültig schließen. Selbst Hochtechnologiebetriebe wie Schott in Jena haben Teile ihrer Fertigung ins Ausland verlagert. Die Zukunft des Musashi-Werks in Leinefelde bleibt ebenfalls ungewiss: Die Zerspanung wurde bereits geschlossen, Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze gehen verloren. Diese Fälle ergeben ein bedrohliches Gesamtbild. Schließt ein Unternehmen oder wandert ab, trifft das nicht nur die Belegschaft, sondern ganze Wertschöpfungsketten. Zulieferer, Logistik, Handwerk und Dienstleister hängen unmittelbar an diesen Betrieben. Jede Verlagerung reißt Lücken in

kommunale Haushalte und das soziale Gefüge ganzer Regionen. Thüringen droht zum Brennpunkt einer Deindustrialisierung zu werden, die sich bundesweit abzeichnet. Die Ursachen sind offensichtlich: politisch verteuerte Energie, hohe Abgaben, regulatorische Lasten und Bürokratie. Während andere Länder Energie absichern oder subventionieren, werden deutsche Betriebe weiter belastet. Die Thüringer Brombeerkoalition schaut dieser Entwicklung weitgehend tatenlos zu – konkrete Entlastungsinitiativen bleiben aus. So steht nicht weniger als die industrielle Basis Thüringens auf dem Spiel.

# Unsere Bürgerbüros



**Torben Braga** **MdB**  
30 Kesselgasse 25 · 04600 Altenburg

**Stephan Brandner** **MdB**  
20 Rudolf-Diener-Straße 21 · 07545 Gera  
33 Zwickauer Straße 11 · 04639 Gößnitz  
15 Bebelstraße 21 · 04610 Meuselwitz  
34 Platz der Freiheit 9 · 07570 Weida

**Marcus Bühl** **MdB**  
31 Siebleber Straße 2 · 99867 Gotha

**Christoph Dröbler** **MdB**  
1 Wilhelmstr. 6 · 37308 Heilbad Heiligenstadt  
32 Hesseröder Straße 11 · 99734 Nordhausen  
5 Poststraße 29 · 06567 Bad Frankenhausen

**Prof. Dr-Ing. Michael Kaufmann** **MdB**  
13 Brudergasse 6 · 07318 Saalfeld  
16 Rudolf-Breitscheid-Str. 4 · 07768 Kahla  
35 Schuhgasse 4 · 07381 Pößneck  
23 Ernst-Thälmann-Straße 75 · 07806 Neustadt a. d. Orla

**Stefan Möller** **MdB**  
36 Lange Straße 6 · 99947 Bad Langensalza  
37 Hörselbergblick 1 · 99820 Großenlupnitz  
25 Eleonorenstr. 10 · 98617 Meiningen

**Stefan Schröder** **MdB**  
4 Ernst-Thälmann-Straße 2 · 99634 Straußfurt  
8 Weißenseer Straße 8 · 99610 Sömmerda  
12 Ritterstraße 3-5 · 99510 Apolda  
24 August-Bebel-Straße 9 · 99444 Blankenhain

**Robert Teske** **MdB**  
28 Bahnhofstraße 23 · 96515 Sonneberg



**Björn Höcke** **Fraktionsvorsitzender**  
1 Wilhelmstraße. 6 · 37308 Heilbad Heiligenstadt · 03603-607 0305  
2 Marstallstraße. 7 · 07973 Greiz · 03661-437 4169  
E-Mail: wkbuelo-hoecke@afd-thl.de



**Wiebke Muhsal** **Parlamentarische Geschäftsführerin**  
*Sprecherin für die Aufarbeitung des Corona-Unrechts*  
3 Markt 2 · 07607 Eisenberg · 0151-26812406  
E-Mail: buero-muhsal@afd-thl.de



**Daniel Haseloff** **Stellvertr. Fraktionsvorsitzender**  
*Migrationspolitischer Sprecher*  
1 Wilhelmstraße 6 · 37308 Heilbad Heiligenstadt · 03603-607 0305  
4 Ernst-Thälmann-Straße 2 · 99634 Straußfurt · 036376-659995  
E-Mail: buero-haseloff@afd-thl.de



**Jörg Prophet** **Stellvertr. Fraktionsvorsitzender**  
*Wirtschaftspolitischer Sprecher, Religionspolitischer Sprecher, Sprecher für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts*  
10 Vor dem Hagentor 3 · 99734 Nordhausen  
E-Mail: buero-prophet@afd-thl.de



**Jens Cotta** **Stellvertr. Fraktionsvorsitzender**  
*Finanzpolitischer Sprecher, Medienpolitischer Sprecher*  
5 Poststraße 29 · 06567 Bad Frankenhausen · 034671-908989  
E-Mail: buero-cotta@afd-thl.de



Jan Abicht

Tourismuspolitischer Sprecher

6 Stiller Tor 3 · 98574 Schmalkalden · 03683-7579595  
E-Mail: buero-abicht@afd-thl.de



Thomas Benninghaus

Kulturpolitischer Sprecher

7 Marktstraße 13 · 07407 Rudolstadt · 03672-4882169  
E-Mail: tom.sieland@afd-thl.de  
thomas.buchtzik@afd-thl.de



Melanie Berger

Landwirtschaftspolitische Sprecherin



Torsten Czuppon

Sprecher für Petitionen und Bürgerbeteiligung

4 Ernst-Thälmann-Straße 2 · 99634 Straußfurt · 036376-629925  
8 Weißenseerstraße 8, 99610 Sömmerda · 03634-6922888  
E-Mail: marcus.cebulla@afd-thl.de



Denny Jankowski

Bildungspolitischer Sprecher

16 Rudolf-Breitscheid-Straße 4 · 07768 Kahla · 01525-6490672  
E-Mail: buero-jankowski@afd-thl.de



Olaf Kießling

Sprecher für Direkte Demokratie

17 Rosenstraße 22 · 99310 Arnstadt · 03628-5194540  
E-Mail: buero-kiessling@afd-thl.de



Marcel Kramer

Verkehrspolitischer Sprecher

18 Bremerstraße 12 · 99880 Waltershausen · 03622-61 89 898  
E-Mail: buero.kramer@afd-thl.de



Uwe Krell

Sprecher für Wohnungsbau/-wirtschaft

19 Steinweg 26 · 36433 Bad Salzungen · 03695-8584784  
E-Mail: buero-krell@afd-thl.de



Dieter Laudенbach

Sprecher für Seniorenpolitik

20 Rudolf-Diener-Straße 17 · 07545 Gera · 0365-82426-20  
und 0365-82426-30  
E-Mail: buero-laudenbach@afd-thl.de



Dr. Wolfgang Lauerwald

Gesundheitspolitischer Sprecher

21 Reichsstr. 52 · 07545 Gera · 0179-4670069  
E-Mail: buero-lauerwald@afd-thl.de



Thomas Luhn

Sprecher für Soziales und Menschen mit Behinderung

22 Marienstieg 1 · 98527 Suhl · 03681-4585165  
E-Mail: buero-luhn@afd-thl.de



Elisabeth Mengel-Stähle

Familienpolitische Sprecherin



Ringo Mühlmann

Innenpolitischer Sprecher, Sprecher für Bürgerrechte und Verfassungsschutzangelegenheiten

23 Ernst-Thälmann-Straße 75 · 07806 Neustadt a. d. Orla · 0176-5586 2224  
E-Mail: buero-muehlmann@afd-thl.de



Brunhilde Nauer

Haushaltspolitische Sprecherin

24 August-Bebel-Straße 9 · 99444 Blankenhain · 036459 639497  
E-Mail: brunhilde.nauer@afd-thl.de



Vivien Rottstedt

Kommunalpolitische Sprecherin, Jugendpolitische Sprecherin

25 Eleonorenstraße 10 · 98617 Meiningen · 03693-5016231  
E-Mail: buero-rottstedt@afd-thl.de



Sascha Schlösser

Justizpolitischer Sprecher, Justiziar

11 Clara-Zetkin-Straße 35 · 99099 Erfurt · 0361-24028157  
E-Mail: buero-schloesser@afd-thl.de



Stephan Steinbrück

Sprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz

26 Waltershäuser Straße 39 · 99867 Gotha · 0160-95887479  
E-Mail: buero-steinbrueck@afd-thl.de



Uwe Thrum

Sprecher für berufliche Bildung und Sport,  
Sprecher für Ländlichen Raum und Heimat

27 Braugasse 5 · 07907 Schleiz · 03663-4320537  
E-Mail: buero-thrum@afd-thl.de



Jürgen Treutler

Sprecher für Infrastruktur

28 Bahnhofstraße 23 · 96515 Sonneberg · 0170-5463419  
E-Mail: juergen.treutler@afd-thl.de



Pascal Wloch

Sprecher für Verbraucherschutz

29 Hörselbergblick 1 · 99820 Hörselberg-Hainich · 036920-728539  
E-Mail: buero-wloch@afd-thl.de



Dr. Jens Dietrich

Sprecher für Petitionen und Bürgerbeteiligung

9 Friedrich-Hofmann-Straße 12 · 98693 Ilmenau · 03677-8748024  
E-Mail: buero-dietrich@afd-thl.de



Kerstin Düben-Schaumann

Sprecherin für Jagdwesen und Sportschützen

10 Vor dem Hagentor 3 · 99734 Nordhausen · 03631-4734054  
E-Mail: k.paarmann@afd-nordhausen.de



Marek Erfurth

Sprecher für Justizvollzug, Obmann in der Strafvollzugskommission

11 Clara-Zetkin-Str. 35 · 99099 Erfurt · 0361-24028142



Peter Gerhardt

Europapolitischer Sprecher

12 Ritterstr. 3-5 · 99510 Apolda · 03644-8778663  
E-Mail: buero-gerhardt@afd-thl.de



Denis Häußner

Sprecher für Digitalisierung

13 Brudergasse 6 · 07318 Saalfeld/Saale · 03671-5232348  
E-Mail: info@denishaeusser.de



Nadine Hoffmann

Sprecherin für Umweltpolitik, Forsten, Natur- und Tierschutz

14 Obere Markstr. 26 · 98646 Hildburghausen · 03685-4133082  
E-Mail: nadine.hoffmann@afd-thl.de



Thomas Hoffmann

Handwerkspolitischer Sprecher

15 Bebelstr. 21 · 04610 Meuselwitz · 03448-7530148  
E-Mail: thomas.hoffmann@afd-thl.de



Der Brandanschlag auf das Stromnetz Berlins durch die »Vulkangruppe« war kein »radikaler Ausreißer«. Er war ein weiteres Glied in einer langen Kette linksextremer Gewalt, die sich selbstbewusst auf den Begriff »Antifaschismus« beruft – und daraus einen Freibrief für Zerstörung, Einschüchterung und körperliche Gewalt ableitet. Wer diese Realität weiterhin verharmlost, macht sich mitschuldig. Während Autos brennen, Menschen brutal zusammengeschlagen und politische Gegner systematisch bedroht werden, applaudieren linke Netzwerke in Universitäten und anderswo offen den Aufrufen zu tödlicher Gewalt gegen sogenannte »Faschisten«. Das alles geschieht nicht im Verborgenen, sondern mitten in der Gesellschaft – oft unter den Augen staatlicher Institutionen, die lieber wegsehen als eingreifen.

**Antifaschismus – ein politischer Kampfbegriff**  
Der Antifaschismus, auf den sich die heutige Antifa beruft, ist keine moralische Selbstverständlichkeit, sondern ein ideologischer Kampfbegriff mit autoritärer Tradition. Schon die KPD nutzte ihn in der Weimarer Republik nicht zur Verteidigung der Demokratie, sondern zur Delegitimierung des politischen Gegners und zur Vorbereitung der Systemüberwindung. In der DDR wurde Antifaschismus zur

Staatsreligion – er rechtfertigte Mauerbau, Repression und Schießbefehl. Diese Logik lebt fort: Wer den Kapitalismus pauschal als Vorstufe des Faschismus definiert, erklärt jeden politischen Gegner zum potenziellen Feind. Gewalt wird so nicht nur erlaubt, sondern moralisch aufgewertet. Antifaschismus wird zur Waffe.

**Gewalt ist kein Betriebsunfall, sondern Programm**  
Spätestens dort, wo Linksextremisten offen vom »Straßenkampf«, von »Kommandoaktionen« und vom Töten politischer Gegner sprechen – und dafür Beifall erhalten –, endet jede Ausrede. Folgendes Beispiel soll

Monaten Haft verurteilt. Unmittelbar danach verlieh ihm der damalige Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter den »13. Preis für Zivilcourage«. Die Auszeichnung erfolgte trotz seiner Inhaftierung. Da Josef S. zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis saß, nahm seine Schwester den Preis stellvertretend entgegen.

**Die »Antifa Ost«: Linksterrorismus mit System**  
Die sogenannte »Antifa Ost« (»Hammerbande«) steht exemplarisch für die neue Qualität linker Gewalt. Die Überfälle von Eisenach, Leipzig, Budapest und anderswo waren keine spontanen Eskalationen, sondern das Ergebnis planvoller, arbeitstei-

verweigert sich bewusst der Realität. Die Parallelen zur RAF sind unübersehbar – nur dass man diesmal aus politischer Bequemlichkeit lieber schweigt.

**Eine Spur der Verwüstung – und staatliche Komplizenschaft**  
Von den Krawallen in Berlin und Hamburg über den G20-Gipfel bis zu Brandanschlägen und Angriffen auf Parteibüros zieht sich eine klare Linie. Alleine im Jahr 2024 kam es zu 69 registrierten Angriffen auf Wahlkreisbüros der AfD in Thüringen. Gewalt ist integraler Bestandteil autonomer Antifa-Strategie. Erschütternd ist dabei nicht nur die Brutalität der Täter, sondern auch

in denen sich Radikalisierung, Vernetzung und Nachwuchsrekrutierung ungestört entfalten können. Der Staat finanziert damit indirekt jene Milieus, aus denen der nächste Anschlag hervorgeht.

**International erkannt – national verdrängt**  
Andere Länder haben die Zeichen erkannt. Die USA, Ungarn und weitere Staaten stufen Antifa-Strukturen inzwischen als terroristische Organisationen ein. In Deutschland hingegen dominiert politische Feigheit. Man klammert sich an das Märchen von der »harmlosen Jugendkultur«, während linksextreme Netzwerke längst grenzüberschreitend agieren.

**Schluss mit dem blinden Fleck**  
Der deutsche Rechtsstaat steht an einem Scheideweg. Entweder er wendet Recht konsequent gegen jede Form politischer Gewalt an – oder er akzeptiert einen linken Gewaltkomplex, solange dieser sich antifaschistisch etikettiert. Ein Verbot klar identifizierbarer, gewaltbereiter Antifa-Strukturen wäre kein Angriff auf demokratische Werte, sondern deren Verteidigung. Wer Gewalt duldet, um die Demokratie zu schützen, zerstört sie. Wer wegschaut, macht den Mob stärker. Der Rechtsstaat hat alle Instrumente in der Hand. Was fehlt, ist der Mut, sie endlich einzusetzen.



zeigen, wie Linksextremismus und Politik mitunter Hand in Hand gehen: Im Jänner 2014 wurde der aus Jena stammende Josef S. nach Protesten in Wien gegen den Akademikerball wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung rechtskräftig zu zwölf

liger Organisation. Das Oberlandesgericht Dresden stellte ein bundesweit vernetztes Geflecht fest, das gezielt Menschen attackierte, die es zu politischen Feinden erklärt hatte. Rund 20 Verdächtige sind untergetaucht. Wer hier noch von »diffusen Strukturen« spricht,

die Reaktion der Politik. Denn während Polizei und Justiz mühsam ermitteln, fließen Steuergelder in Projekte, die Solidarität mit mutmaßlichen Gewalttätern propagieren. Programme wie »Demokratie leben!« oder kommunale Förderungen schaffen Schutzräume,



Neue, monströse Windkraftanlagen vor Sankt Bernhard im Landkreis Hildburghausen.

Das Windenergieflächenbedarfsgesetz schreibt den Bundesländern verbindliche Flächenziele für den Ausbau der Windindustrie vor. In Thüringen sollen bis Ende 2032 insgesamt 2,2 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden – faktisch eine Opferung von rund 35.600 Hektar für diese volatile und hochsubventionierte Form der Energieerzeugung, von der vor allem Windkraftlobbyisten profitieren. Die zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaften setzen diese Flächenziele derzeit um. Hinzu kommt, dass Bund und EU weitreichende Beschleunigungsverfahren für den Ausbau der Windenergie auf den Weg gebracht haben. Im Sommer 2025 wurde ein umfassendes »Beschleunigungspaket« im Bundesrat verabschiedet – auch mit den Stimmen der Thüringer Landesregierung.

Wie stellt sich die Situation im Thüringer Parlament dar? Die AfD-Fraktion tritt seit langem mit Initiativen dafür ein, den Windindustriewahnsinn zu stoppen. So haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der den vollständigen Rückbau von Windenergieanlagen einschließlich ihrer Fundamente über die Bauordnung regeln sollte. Zudem sollte verbindlich festgelegt werden, dass die Betreiber die finanziellen Mittel für diesen vollständigen Rückbau nachweisen müssen.

Darüber hinaus brachten wir einen Antrag zur Abschaffung

des genannten Windenergieflächenbedarfsgesetzes in den Landtag ein. Beide Initiativen wurden von allen übrigen Fraktionen abgelehnt. Dennoch hat die AfD gewirkt: Nachdem wir die Debatte im Parlament angestoßen hatten, sah sich die Landesregierung veranlasst, tätig zu werden, wenn auch bislang unzureichend.

Im November 2025 brachten die Regierungsfractionen von CDU, BSW und SPD jedoch einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, in dessen Folge die Landesforstanstalt die Möglichkeit erhalten soll, durch Geschäfte mit der Windindustrie auf Staatsforstflächen Einnahmen zu erzielen. Dies widerspricht aus unserer Sicht nicht nur dem Waldgesetz und den Schutzfunktionen des Waldes, sondern auch klaren Wahlversprechen – insbesondere der CDU – vor der Landtagswahl im September 2024.

Die Landesforstanstalt muss sich auf die Wiederbewaldung konzentrieren und soll nicht dazu gedrängt werden, als Betreiber oder durch die Verpachtung von Waldflächen den Bau von Windenergieanlagen im Wald zu ermöglichen. Der Wald ist kein Industriegebiet. Er ist Ökosystem, Rückzugsraum, Erholungsort und ein zentraler Baustein für den Tourismus in Thüringen.

Selbstverständlich ist der Wald zur nachhaltigen Bewirtschaftung bestimmt. Der Bau und der Betrieb von Windindustrieanlagen jedoch zerstören den Wald

dauerhaft. Nach Bekanntwerden dieses Vorhabens erreichten zahlreiche Zuschriften die Abgeordneten des Landtags und die Landesregierung. Zudem fand eine Demonstration mehrerer Bürgerinitiativen vor dem Landtag statt. Doch Vernunft und Verantwortung gegenüber dem Naturschutz setzten sich leider nicht durch. Das Gesetz wurde in der letzten Plenarsitzung des Jahres 2025 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BSW, SPD und der Linken beschlossen. Die

AfD-Fraktion stimmte dagegen. Mit diesem Gesetz wird der Ausbau der Windenergie im Wald aufgrund des zunehmenden Ökonomisierungsdrucks auch im Privat- und Kommunalwald weiter forciert. Das wird gravierende Folgen für die Umwelt und insbesondere für den ländlichen Raum haben.

Wir geben jedoch nicht auf, denn der Schutz unserer Natur- und Kulturlandschaft liegt uns am Herzen. Der Ausbau der Windindustrie geht mit erheblichen

Eingriffen in die Umwelt, zunehmender Flächenversiegelung, Gefahren für die heimische Fauna und einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes einher. Wer das Grüne Herz Deutschlands schützen will, muss sich der Windindustrie entgegenstellen.

Um mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen, werden wir auch im Jahr 2026 Veranstaltungen zur sogenannten Energiewende durchführen und freuen uns, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Nadine Hoffmann





**Herr Jankowski, die AfD-Fraktion hat vor einigen Wochen das Portal »Schulgewalt« auf den Weg gebracht. Was hat es damit auf sich?**

Die Lage an den Schulen – nicht nur in Thüringen – hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Das erfährt man nur selten aus den Medien, wir hören es aber oft von Eltern oder den Schülern selbst an unseren Infoständen: Gewalt und Mobbing haben stark zugenommen. Wir reden hier nicht von eher harmlosen Schulhofrangeleien oder Sticheleien, sondern über eine ganz andere Dimension: von tatsächlichen Straftaten wie Körperverletzung oder Eigentumsdelikten, die inzwischen sogar in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden müssen, weil sie nicht mehr als »Bagatellen« abgetan werden können.

Wir mussten feststellen, dass weder die vorherige Landesregierung noch die »Brombeerkoalition« das Problem wirklich ernst

nahmen. Gewalt und Mobbing beginnen jedoch bereits unterhalb der Strafbarkeit: Wenn sich etwa Schüler zu Gruppen zusammenschließen, um einzelne Kinder und Jugendliche zu bedrohen oder zu beleidigen. Opfer dieser Übergriffe gehen morgens schon mit Angst aus dem Haus.

Aus unseren Bürgergesprächen haben wir eine recht genaue Vorstellung davon, was in den Thüringer Schulen passiert, aber wir brauchen belastbare Daten. Nur wer durch ungeschönte Statistiken die Realität an den Schulen zur Kenntnis nimmt, kann sinnvolle Maßnahmen entwickeln.

**Warum engagiert sich die Landesregierung nicht stärker für die Sicherheit an unseren Schulen?**

Man möchte keine Tabuthemen anpacken. Die Zunahme von Gewalt hat klare Ursachen und ist auf politisches Versagen zurückzuführen: eine verfehlte Migrations- und eine planlose Inklusionspolitik. Lehrer wur-

den nach und nach zu Lernbegleitern degradiert, die keine ordnende Autorität mehr ausüben dürfen und oftmals auch nicht angehört werden. Der Schein der »toleranten, bunten Schule« soll um jeden Preis gewahrt werden.

Unkontrollierte Einwanderung aus arabisch-muslimischen Ländern wirkt sich auch auf unsere Schulen aus. In den Städten kann oft nur noch eine Minderheit der Schüler dem deutschsprachigen Unterricht folgen. Junge Migranten finden dominantes Auftreten auf dem Schulhof »cool« und fechten nicht selten auch religiöse Konflikte vor Ort aus.

**Welche Maßnahmen schlägt die AfD-Fraktion vor? Was taugen die bereits bestehenden Präventionskonzepte?**

Es gibt eine einfache Frage, die wir uns ehrlich stellen müssen: Wenn die bisherigen Konzepte wirken würden – warum steigen die Gewalttaten an unseren

Schulen dann seit Jahren an? Diese Konzepte beruhigen vielleicht das eigene Gewissen, sie lösen aber keine Probleme.

Stattdessen müssen wir die Risikofaktoren für Gewalt an Schulen verringern. Dazu gehört, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht in die regulären Schulklassen zu setzen. Wir brauchen Vorschaltklassen mit dem Schwerpunkt Sprachförderung. Nur wer ausreichende

Deutschkenntnisse besitzt, darf in die regulären Schulklassen überwechseln. Alles andere führt nur zu Frust, Konflikten und Gewalt. Gerade an den Schulen mit den höchsten Migrationsanteilen haben wir auch die meisten Gewalttaten.

Des Weiteren dürfen gewaltaffine und aggressive Schüler nicht länger die gesamte Klasse terrorisieren und den Schulfrieden stören. Sie gehören in Förder Schulen mit dem Schwerpunkt Verhaltensauffälligkeiten und Aggressivität. Dort gibt es spezialisiertes Personal, welches auf den Umgang mit ihnen geschult ist und helfen kann.

Ganz wichtig: Lehrer und Direktoren brauchen endlich verlässlichen Rückhalt der Politik. Lehrer müssen wirksame Ordnungsmaßnahmen gegenüber gewalttätigen Schülern verhängen können. Und vor allem muss gelten: Wer einen Lehrer angreift, begeht keinen Streich, sondern eine Straftat – und die muss automatisch angezeigt werden.

**Herr Jankowski, wir danken Ihnen für das Gespräch!**

**SCHULGEWALT**

[WWW.GEWALT-SCHULE.DE](https://www.gewalt-schule.de)

MELDEN

**Besuchen Sie uns auf der 36. Thüringen-Ausstellung!**

Alle weiteren Informationen:  
<https://afd-thl.de/thueringenausstellung2026>

**Vom 28. Februar bis 8. März 2026 auf der Erfurter Messe in Halle 1 – natürlich rechts oben!**